

DIE NEUE PRIVATISIERUNGSOFFENSIVE: GABRIELS ÖPP-KOMMISSION

Faktenblatt Nr. 16

Zusammengestellt von Carl Waßmuth und Laura Valentukeviciute /
Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V., 17.10.2014

Inhaltsverzeichnis

I. Die Kommission.....	2
Kein expliziter Auftrag vorhanden.....	2
Vage Problemstellung.....	3
Zeitschiene.....	3
Versteckte Agenda.....	3
II. Positionen zu Verschuldung und ÖPP.....	3
Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel.....	3
Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble	4
Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt.....	5
Prof. Marcel Fratzscher, DIW.....	6
III. WissenschaftlerInnen in der Expertenkommission: Dossiers.....	7
IV. Was wird herauskommen?.....	9

Die Bundesminister Gabriel, Schäuble und Dobrindt haben in den vergangenen Wochen auf die Notwendigkeit zur Investition in die Infrastruktur hingewiesen und alle drei verbunden mit dem Hinweis, dass hierzu wegen der begrenzten Mittel im Haushalt privates Kapital einzuwerben sei. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat sogar am 28. August eine Expertenkommission eingesetzt, die zum Thema „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ unter dem Vorsitz von Prof. Marcel Fratzscher, dem Leiter des DIW Berlin und unter der Mitarbeit von u.a. Jürgen Fitschen von der Deutsche Bank, Dr. Helga Jung von der Allianz-Versicherung und Dr. Torsten Oletzky von der Ergo-Versicherung „Ideen und Impulse“ liefern soll. Einige WissenschaftlerInnen und Gewerkschafter sollen den Eindruck etwas auflockern, dass es dabei um ein Treffen von Vertretern von Banken und Versicherungen geht.

Zum Anlass der zweiten Sitzung der Kommission am 17.10.2014 wollen wir mit Hilfe dieses Faktenblatts die Ziele, die Arbeitsweise und einige Akteure dieser Kommission näher beleuchten.

Einschätzungen zu Gabriels Expertenkommission und ÖPP¹

„Vor dem Hintergrund politischer Versäumnisse in den vergangenen 20 Jahren bei der Instandhaltung und dem Ausbau der staatlichen Infrastruktur hat Bundeswirtschaftsminister Gabriel einen Expertenbeirat gegründet, der – angesichts des faktischen Verschuldungsverbots als Folge der Schuldenbremse und eines politisch gesetzten Verzichts auf Steuererhöhungen – mit und für ihn nach Wegen suchen soll, die beachtlichen privaten Ersparnisse in Deutschland für öffentliche Investoren zu mobilisieren. Ob dies nun über PPP- Modelle [...] oder über einen neuartigen Infrastrukturfonds, dem Banken und Versicherungen Geld leihen, geschieht, sei dahingestellt. In allen Fällen werden sich nur dann private Investoren dazu bereitfinden, wenn sie für ihr Engagement – zumindest – einen Aufschlag in der Größenordnung von einem bis zwei Prozentpunkten auf die Verzinsung deutscher Staatsanleihen erhalten. PPP-Modelle oder der angedachte Strukturfonds stellen letztlich Schattenhaushalte dar, mit denen die engen Verschuldungsregeln umgangen werden.“ (**Prof. Dr. Bert Rürup**, 10.10.2014)

„Die Argumentation der Befürworter von PPP ist ganz simpel: Wir haben nicht ausreichend öffentliche Mittel, es gibt ganz viel privates Geld, also finanzieren wir mit privatem Geld öffentliche Anliegen. Das halte ich für irrsinnig, weil ja ganz offenkundig der Staat, um beim Bereich der Verkehrsinfrastruktur zu bleiben, viel günstiger finanzieren kann als die Lebensversicherer Renditeerwartung haben. Wo soll der Benefit herkommen?“ (**Swen Schulz, MdB SPD**, 14.10.2014)

„Mehr private Investitionen in öffentliche Infrastruktur führen unausweichlich zu mehr ÖPP – und obwohl sie im Umfang und finanzieller Ausgestaltung unterschiedlich sein können, bleibt das Grundmodell das gleiche. Die Expertenkommission von Bundesminister Gabriel für die Stärkung der Investitionen in Deutschland muss die hohe Misserfolgsquote von ÖPP-Projekten in Australien berücksichtigen, ebenso wie die finanziellen Krisen in vielen staatlichen Krankenhäusern in Großbritannien, die von hohen Kosten für ÖPP und von abgegrenzten Verträgen verursacht werden. Die in Großbritannien angestrebte deutliche Erhöhung der Beteiligung von Pensionsfonds ist in großem Ausmaß gescheitert – wenn sie investierten, erwarben sie Anteile an existierenden Projekte über den Sekundärmarkt, statt neue ÖPP-Projekte zu finanzieren. Der neueste Bericht des Internationalen Währungsfonds hat ergeben, dass öffentliche Investitionen unter den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen insbesondere schuldenfinanzierte Investitionen, den größten wirtschaftlichen Nutzen erbringen.“ (**Dexter Whitfield, britischer PPP-Experte, European Services Strategy Unit**, 14.10.2014)

I. Die Kommission

Kein expliziter Auftrag vorhanden

Es gibt keinen Einsetzungsbeschluss für die Kommission. Auf der Internetseite des BMWi wird die Kommission weder unter den Beiräten noch sonst irgendwo aufgeführt (Stand 17.10.2014). Alle Informationen, worüber das BMWi sich beraten lassen möchte, stammen aus einer Pressemitteilung des BMWi vom 28. August 2014². Danach brauchen wir „zur Zukunftssicherung eine wirksame Investitionsstrategie“, es geht um die "Stärkung von Investitionen in Deutschland" und um „Ideen und Impulse, wie wir zu mehr privaten und öffentlichen Investitionen kommen“. Dafür sind „neue wirtschaftspolitische Antworten erforderlich“.

¹ ÖPP – Öffentlich private Partnerschaften, auch PPP – Public Private Partnership genannt.

² Pressemitteilung BMWi vom 28.8.2014, Gabriel setzt Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland ein“, <http://www.bmw.de/DE/Presse/pressemitteilungen.did=651464.html>

Vage Problemstellung

Die zugrundeliegende Problemstellung ist nur vage beschrieben. In der Pressemitteilung des BMWi vom 28. August 2014 wird eine „relativ schwache Investitionsentwicklung in Deutschland“, ausgemacht. Eine „höhere Dynamik der privaten Investitionen“ ist erforderlich sowie „Investitionen, die unser Wachstum stärken“. Genannt werden in diesem Zusammenhang „die öffentliche Infrastruktur, etwa leistungsfähige Verkehrswege und kommunale Infrastruktureinrichtungen.“ Etwas aus dem Rahmen fällt die Beobachtung, Deutschland wäre „zunehmend von demografischer Alterung betroffen“.

Zeitschiene

Sigmar Gabriel in seiner Rede auf der BDI-Jahrestagung 2014 am 23.09.14: „In wenigen Wochen werde die von ihm eingesetzte Arbeitsgruppe unter Leitung des Ökonomen Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Vorschläge vorlegen.“³

Versteckte Agenda

Die Kommission ist angeblich ein unabhängiger Expertenrat. Unabhängig vom Einfluss der Politik ist das Gremium allerdings nicht: Sowohl Gabriel als auch seine Ministerkollegen und sogar der von Gabriel ausgewählte Vorsitzende Prof. Marcel Fratzscher nehmen außerhalb der Sitzungen deutlich zum Thema Stellung. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Kommission eher ein Hilfsmittel ist, um eine bisher noch nicht explizit gemachte politische Agenda durchzusetzen. Sie soll auf diesem Wege späteren Vorschlägen Legitimität verleihen. Insbesondere soll sie Wissenschaftlichkeit ("von Experten ausgearbeitet") und breite Debatte ("relevante gesellschaftliche Gruppen waren beteiligt") ausweisen.

II. Positionen zu Verschuldung und ÖPP

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel

Versicherungen und Pensionsfonds als Investoren

Sigmar Gabriel hat im Vorfeld und im Nachgang zum Thema Investitionen Stellung bezogen. Zwei Wochen vor der Einsetzung der Expertenkommission wollte er

„mit attraktiven Investitionsangeboten kapitalkräftige Versicherungen und Pensionsfonds als Investoren gewinnen“

und konnte sich

„unter anderem gut vorstellen, dass wir Lebensversicherungskonzernen attraktive Angebote machen, sich an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur zu beteiligen. Diese Konzerne suchten angesichts des niedrigen Zinsniveaus Anlagemöglichkeiten. Für Pensionsfonds kann das ebenfalls interessant sein.“

In seiner Bundestagsrede zum Haushalt 2015⁴ stellte er heraus:

„Genauso wichtig ist die Frage, welche Rahmenbedingungen wir verändern müssen,

³ 23.09.14, Mittelbayerische, Gabriel in seiner Rede auf der BDI-Jahrestagung
<http://www.mittelbayerische.de/nachrichten/politik/politik/artikel/gabriel-verspricht-industrie-steuerfrieden/1124589/gabriel-verspricht-industrie-steuerfrieden.html>

⁴ Rede des Bundesministers Sigmar Gabriel zum Haushalt 2015 im Bundestag,
<http://www.bmwi.de/DE/Presse/reden.did=653998.html>

damit die Unternehmen selbst das Geld in die Realwirtschaft und nicht in Spekulationsgeschäfte an den Finanzmärkten investieren.“ (ebd.)

Keine offizielle Neuauflage von ÖPP-Projekten

„Es geht auch nicht um die Neuauflage von PPP-Projekten, sondern um veränderte Rahmenbedingungen für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.“ (ebd.)

Gleichzeitig förderte und fördert die Bundesregierung ÖPPs weiterhin massiv. Gabriel hat sich bisher - mit Ausnahme dieses einen Satzes - nicht von ÖPP distanziert und auch keine inhaltlichen Gründe angegeben, warum es künftig nicht (mehr) um ÖPPs gehen soll. In der gleichen Debatte und am gleichen Tag hat Verkehrsminister Dobrindt im Bundestag seine neuen ÖPPs gegen Kritik aus der Opposition verteidigt. Zuvor hatte Dobrindt das SPD-geführte Niedersachsen per Weisung auf ÖPP verpflichtet. In beiden Fällen hat Sigmar Gabriel keinen Einspruch eingelegt. Es liegt die Vermutung nahe, dass es um ÖPPs gehen soll, dass es aber wegen der schlechten Vermittelbarkeit von ÖPP in der Öffentlichkeit nicht mehr ÖPP heißen soll.

Keine Steuerbelastung der Wirtschaft

Gabriel schließt wichtige Refinanzierungsmöglichkeiten für die Instandsetzung und den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen aus:

„Sie können sich darauf verlassen, dass wir die Erbschaftssteuer und andere Belastungen der Wirtschaft nicht erhöhen werden“, versprach Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) auf dem Tag der Deutschen Industrie. Diese Zusage [...] erntete bei den rund 1300 Managern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) viel Applaus.“⁵

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

Schäuble beteiligt sich intensiv an der Debatte um Modelle zur privaten Finanzierung öffentlicher Infrastruktur. Er hat dabei vor allem die Verkehrsinfrastruktur und dort Autobahnen und Bundesstraßen im Blick. In der vergangenen Legislaturperiode hat Schäuble ÖPP als sogenannte Beschaffungsvariante stets gedeckt, wenn auch nicht offensiv beworben.

"Auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte sich bereits für "neue Mischformen zwischen staatlichen und privaten Geldern" zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen ausgesprochen. In einem Interview im Juni verwies er unter anderem auf Modelle in den USA. In Deutschland wird vor allem über die Sanierung der Verkehrswege debattiert, die in den vergangenen Jahren in Verzug geraten war. Im Rahmen eines Sonderprogramms sollen in den kommenden Jahren 1,06 Milliarden Euro allein für die Sanierung maroder Brücken auf Autobahnen und Bundesstraßen bereitgestellt werden.“⁶

Bezogen auf Garantiezinsen hat Schäuble noch Vorbehalte, er präferiert nutzerfinanzierte ÖPPs:

„Geht es nach den Vorstellungen des Bundesfinanzministers, passt sich die Grundgesetz-Änderung in eine europäische Investitionsoffensive zur Belebung der Konjunktur ein. In Artikel 90 ist festgelegt, dass der Bund Eigentümer der bisherigen Reichsautobahnen

⁵ 23.09.14, Mittelbayerische, <http://www.mittelbayerische.de/nachrichten/politik/politik/artikel/gabriel-verspricht-industrie-steuerfrieden/1124589/gabriel-verspricht-industrie-steuerfrieden.html>

⁶ 16.08.14, n24, <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Wirtschaft/d/5243590/siegm-gabriel-sucht-neue-finanzierungswege-fuer-strassenbau.html>

und Reichsstraßen ist.

Die Länder wiederum verwalten Bundesautobahnen und sonstige Fernverkehrsstraßen im Auftrag des Bundes. Mit einer Änderung des Artikels könnte den Ländern diese Zuständigkeit entzogen werden. Die Bundesregierung wäre dann in der Lage, private Investoren hinzuziehen und diese im großen Stil daran zu beteiligen.

Das wäre die Grundvoraussetzung für ein groß angelegtes Mautkonzept, das weit über bisherige Beteiligungsprojekte privater Träger an öffentlichen Investments (ÖPP) hinausgeht, heißt es. Schäuble sucht offenbar eine Möglichkeit, Milliarden für die nötigen Infrastrukturinvestitionen lockerzumachen, ohne dabei im großen Stil in die Bundeskasse greifen zu müssen. Denn das würde die Neuverschuldung in die Höhe treiben.

Garantierten Zinsen für Privatinvestoren steht Schäuble allerdings skeptisch gegenüber. Der Finanzminister sucht nach anderen Modellen. Ihm schwebt unter anderem eine streckenbezogene Belastung aller Autofahrer vor. Im Finanzministerium sieht man die Maut nicht als ein kurzfristiges Projekt, sondern um ein eher langfristig angelegtes Konzept.“⁷

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt

In Dobrindts Zuständigkeitsbereich fällt das Gros der Infrastrukturen, um die es geht. Sowohl die Verkehrsnetze als auch die digitalen Netze sind bei seinem Ministerium angesiedelt. Er knüpft in seiner Politik nahtlos an die Arbeit seiner Amtsvorgänger an und setzt auf ÖPP. Durch die Weisung an das Land Niedersachsen ist er sogar einen Schritt weitergegangen und hat prinzipiell die Bundeszuständigkeit auch in der Vergabe rechtssicher durchexerziert. Mit der Verlängerung des Toll Collect-Vertrags schreibt er ein zentrales ÖPP-Projekt fort und hat dafür die Position des Bundes in den Schiedsgerichtsprozessen gegen Toll Collect erheblich geschwächt, so dass davon auszugehen ist, dass von den offenen Forderungen des Bundes in Höhe von sieben Milliarden Euro nur noch ein Bruchteil oder gar nichts mehr beizutreiben ist. Dobrindt ist er der einzige, der ÖPP auch offensiv bewirbt und verteidigt.

Gemeinsamkeiten von Schäuble und Dobrindt

Schäuble und Dobrindt tauschen sich zur Frage von ÖPPs aus, ob Gabriel in diesen Austausch eingebunden ist, ist nicht bekannt.

„Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) wird in diesen Tagen wohl von niemandem um seine Aufgabe beneidet, die Pkw-Maut auf den Weg bringen zu müssen. Zwist hat er dabei mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der auch an einem Konzept arbeitet.

Gestern saßen nun die beiden Ressortchefs zusammen, um über Möglichkeiten zusätzlicher Infrastruktur-Investitionen zu sprechen. Dabei sei es um die Weiterentwicklung öffentlich-privater Partnerschaften gegangen, sagte eine Sprecherin Dobrindts.

Mit den Diskussionen um die Maut habe das zwar nicht unmittelbar etwas zu tun, hieß es aus dem Finanzministerium. Allerdings müssen sich beide Häuser für den Maut-Gesetzesentwurf abstimmen und haben ein gemeinsames Ziel: mehr private Partner bei

⁷ 04.09.14, Welt, <http://www.welt.de/wirtschaft/article131887065/Fuer-die-Maut-mal-eben-das-Grundgesetz-aendern.html>

der Sanierung von maroden Straßen und Brücken, die nach Ansicht der Regierung mithilfe von Banken und Versicherungen erneuert werden könnten. Aufgrund der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank sei nun sehr viel ungebundenes Kapital unterwegs, das man gerne für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur verwenden würde, hieß es vom Verkehrsministerium. Derzeit werde geprüft, wie das möglich gemacht werden kann.“⁸

Prof. Marcel Fratzscher, DIW

„Schulden sind dann schädlich, wenn sie Unternehmen und private Haushalte zu stark belasten und zu einem Vertrauensverlust und Verzerrungen in der Volkswirtschaft führen. In Italien, mit einer Schuldenquote von 130 Prozent und noch immer hohen Defiziten, mag dies der Fall sein. In Deutschland sehe ich dagegen eine solche Gefahr nicht, denn die öffentlichen Haushalte haben Überschüsse und wir bauen Staatsschulden aktiv ab. Die Schuldenbremse ist daher richtig und wichtig.“⁹

„Zur Überwindung der europäischen Krise schlägt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) eine umfangreiche Investitionsagenda vor. Kernbestandteile dieser Agenda sollen ein zeitlich begrenzter Investitionsfonds insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, eine verbesserte Wettbewerbspolitik, eine investitionsfreundliche Steuerpolitik sowie eine Förderung grenzüberschreitender Joint Ventures sein. „Strukturenreformen allein werden den Teufelskreis aus Banken-, Schulden-, Vertrauens- und Wachstumskrise nicht durchbrechen können“, urteilt ein Team von Wissenschaftlern um DIW-Präsident Marcel Fratzscher. „Europa hat ein Wachstumsproblem, das nur mit Investitionen zu überwinden ist. Dabei benötigen wir aber nicht mehr staatliche Eingriffe, sondern deutlich mehr Wachstumsimpulse aus der Privatwirtschaft, mehr Markt, mehr Innovation und mehr Wettbewerb“, so die DIW-Wissenschaftler. Das dritte Kernelement könnte ein etwa bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) angesiedelter Fonds sein. Er sollte insbesondere kleine und mittlere Unternehmen fördern, um die hohe Unsicherheit zu reduzieren und einzelwirtschaftliche Risiken zu minimieren. Es gibt bereits heute einen Europäischen Investitionsfonds bei der EIB, der allerdings mit moderaten Finanzvolumina lediglich als Risikokapitalgeber fungiert. „Durch Garantien der Mitgliedstaaten könnte sich der Fonds günstig refinanzieren und die attraktiven Konditionen an die Unternehmen weitergeben. Das würde nicht nur das Kreditangebot, sondern auch die Kreditnachfrage gerade in den Krisenländern verbessern.“ Dieser Fonds sollte nach Vorstellung der DIW-Forscher weder mit zu engen regionalen noch sektoralen Vorgaben arbeiten. „Entscheidend ist das Anstoßen produktiver Investitionen, egal in welchem EU-Land.“ Wichtig sei, die Investitionen in Bereiche zu lenken, die gute Wachstumschancen bieten. Ein Schwerpunkt könnte auf Investitionen im Energiesektor liegen. Hier sind einer Studie der DIW-Energieexperten Christian von Hirschhausen, Franziska Holz, Clemens Gerbaulet und Casimir Lorenz zufolge in den kommenden Jahren jährliche Investitionen in Höhe von 150 Milliarden Euro notwendig.“¹⁰

„Im Streit über die Pkw-Maut hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

⁸ 06.09.14, Rheinische Post, <http://www.rp-online.de/politik/bundesregierung-will-privates-kapital-fuer-strassen-aid-1.4506137>

⁹ 18. März 2014, Wiwo, Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin im Interview, <http://www.wiwo.de/politik/konjunktur/diw-praesident-fratzscher-die-fed-war-erfolgreich/9632322.html>

¹⁰ 02.07.2014, Pressemitteilung DIW, http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.469156.de

*Privatisierungen von Autobahnen als Alternative vorgeschlagen. Autobahnabschnitte durch Privatinvestoren bauen zu lassen dürfe kein Tabu sein, sagte DIW-Präsident Marcel Fratzscher der "Bild". Es sei zwar prinzipiell Aufgabe des Staates, Autobahnen zu bauen und zu unterhalten. Angesichts knapper Kassen müsse aber über Alternativen nachgedacht werden.*¹¹

Eine offensichtliche Schwäche in der Argumentation von Prof. Fratzscher ist die Inkonsistenz bezogen auf öffentliche Schulden. Auf der einen Seite freut sich Prof. Fratzscher, dass Deutschland in den öffentlichen Haushalten Überschüsse hat und Staatsschulden aktiv abgebaut werden, andererseits sieht er „knappe Kassen“ und fordert, dass deswegen prinzipielle Aufgaben des Staates privatisiert werden.

III. WissenschaftlerInnen in der Expertenkommission: Dossiers

In die Kommission wurden bis jetzt zwei Universitätsprofessorinnen und der Direktor eines sogenannten „Think Tanks“ einberufen. Damit soll die wissenschaftliche Neutralität der Kommission unterstrichen werden. Beim näheren Blick auf die Lebensläufe dieser drei WissenschaftsvertreterInnen, auf ihre Kooperationspartner und ihre bisher öffentlich bezogenen Positionen zum Themenbereich private Investition und Privatisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge muss hinter diese Neutralität wohl ein Fragezeichen gesetzt werden. Alle drei Wirtschaftswissenschaftler sind erkennbar offen für neoliberale Thesen und für eine enge Zusammenarbeit mit Unternehmen.

Prof. Dr. Veronika Grimm ist Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg. Vor allem ihre Forschung zum Thema Energiemärkte lässt vermuten, dass sie wissenschaftliche Qualifikation für die Mitarbeit an der Kommission mitbringt. Dafür hat sie z.B. im Jahr 2008 zusammen mit dem Prof. Dr. Axel Ockenfels von der Universität Köln ein Gutachten¹² im Auftrag von European Energy Exchange AG geschrieben. Auch in den Sommersemestern 2013 und 2014 bot sie Seminare unter dem Titel „Energiemärkte“. Die Seminare fanden in Kooperation mit dem Energieunternehmen N-ERGIE Nürnberg¹³ statt, es wurde den StudentInnen „ein exklusives Rahmenprogramm inkl. Betreuung durch Experten der N-ERGIE, gemeinsame Essen und Führungen bei der N-ERGIE“¹⁴ angeboten.

Darüber hinaus hat Frau Grimm für ihre Forschung eine Finanzierung von der Gesellschaft für Kapitalmarktforschung bekommen. Die GfK¹⁵ ist ein Zusammenschluss von über 80 Banken, Versicherungen, Beraterfirmen und Wirtschaftsverbänden. 2012 bis 2013 förderte die GfK das Forschungsprojekt „Trust in Character, Capability and Institutions“, zwischen 2009 und 2011 förderte die GfK deren nicht weiter spezifizierte Projekte gemeinsam mit N-ERGIE.¹⁶

¹¹ 30.08.14, Welt, DIW-Präsident Marcel Fratzscher zu Privatisierungen von Autobahnen, <http://www.welt.de/wirtschaft/article131748268/Forscher-schlaegt-Privatisierung-von-Autobahnen-vor.html>

¹² Ockenfels, A., Grimm, V., Zoettl, G. (2008): Strommarktdesign- Preisbildungsmechanismus im Auktionsverfahren für Stromstundenkontrakte an der EEX

¹³ N-ERGIE ist ein Energieversorgungsunternehmen und Verteilnetzbetreiber mit Sitz in Nürnberg (Die Aktiengesellschaft N-ERGIE wurde am 30. März 2000 durch die Städtischen Werke Nürnberg GmbH mit 60,2 % der Anteile und dem Energieversorgungsnetzwerk Thüga mit 39,8 % der Anteile gegründet). Das Unternehmen zählt seit 2003 zu den zehn größten Stromversorgern in Deutschland. <http://de.wikipedia.org/wiki/N-ERGIE> , heruntergeladen am 15.10.2014.

¹⁴ <http://www.wirtschaftstheorie.wiso.uni-erlangen.de/>

¹⁵ <http://www.nachdenkseiten.de/?p=5958>

¹⁶ <http://www.wirtschaftstheorie.wiso.uni-erlangen.de/team/lehrstuhlinhaberin/lebenslauf.shtml>

Frau Grimm war wissenschaftliche Assistentin von dem oben angeführten Prof. Ockenfels, der wiederum seit 2010 Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist. Die Expertenkommission zum Thema „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ wurde auch von BMWi ins Leben gerufen. Dass in beiden Gremien WissenschaftlerInnen mitwirken, die auch andernorts eng zusammenarbeiten, deutet eher in Richtung Seilschaften und spricht nicht gerade für neutrale Wissenschaft.

Im gleichen Wissenschaftlichen Beirat wie Herr Prof. Ockenfels sitzt auch Frau **Prof. Dr. Monika Schnitzer**, die ebenso in der neuen Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ mitwirkt. Prof. Dr. Monika Schnitzer ist Lehrstuhlinhaberin Komparative Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Frau Schnitzer ist eine der ErstunterzeichnerInnen des Hamburger Appells¹⁷. Der Hamburger Appell ist ein öffentlicher Appell für unternehmensfreundliche wirtschaftspolitische Reformen in Deutschland und wurde 2005 kurz vor der Bundestagswahl von 250 WirtschaftswissenschaftlerInnen unterzeichnet. Die drei Initiatoren des Appells sind Prof. Dr. Bernd Lucke, Prof. Dr. Michael Funke und Prof. Dr. Thomas Straubhaar. Laut Informationen von LobbyControl und nachdenkseiten wurde der Appell mit einer „Anzeigenstrecke“ beworben, die von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) finanziert wurde.¹⁸

Der dritte Wissenschaftsvertreter in der Expertenkommission ist **Dr. Thomas Mayer** vom Flossbach von Storch Research Institute. Dr. Mayer war bis 2012 Chefvolkswirt der Deutschen Bank und Leiter von Deutsche Bank Research. Im Zeitraum 1991 - 2002 arbeitete er für die Bank Goldman Sachs, 1990 und 1991 für die Bank Salomon Brothers in London und Frankfurt.

Flossbach von Storch¹⁹ ist eine Vermögensverwaltung und das Research Institute ist nach eigenen Angaben eine unabhängige Forschungseinheit.²⁰ Eine Überprüfung dieser Aussage ist nicht ohne weiteres möglich, da das Institut weder eine öffentlich zugängliche Webseite betreibt noch seine Finanzierungsquellen veröffentlicht.

Seit September 2014 ist Dr. Mayer Vorsitzender eines Think Tanks mit dem Namen „Prometheus - Das Freiheitsinstitut“ tätig. Diese Einrichtung hat er zusammen mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler (FDP) gegründet. Nach eigenen Angaben setzt sich das Institut „für die Marktwirtschaft ein und soll individuelle Freiheiten in den Mittelpunkt stellen.“²¹

Schon etwas länger, seit Juli 2012 ist Thomas Mayer Senior Fellow beim Center for Financial Studies (CFS). Laut Lobbypedia ist das CFS „mit Sitz im House of Finance in Frankfurt/Main ein von der Finanzbranche gegründetes und gesponsertes Forschungs- und Politikberatungsinstitut.“²² Der Träger von CFS ist die oben erwähnte Gesellschaft für Kapitalmarktforschung (GfK).

Für das Flossbach von Storch Research Institute arbeitet Dr. Mayer seit dessen Gründung im Juni 2014. Es ist daher anzunehmen, dass er eher wegen seiner vorausgegangenen Tätigkeiten und

¹⁷ https://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf

¹⁸ www.lobbycontrol.de/blog/download/Christiansen-Schaubuehne_komplett_7Sept2006.pdf und <http://www.nachdenkseiten.de/?p=873>

¹⁹ <https://www.fvsag.com/>

²⁰ „Das unabhängige Institut soll praxisrelevante Analysen erarbeiten, die in unser Kapitalmarkt-Weltbild einfließen werden und damit auch für anlagestrategische Entscheidungen relevant sind,“ sagt Dr. Bert Flossbach.“ <http://www.cash-online.de/investmentfonds/2014/flossbach-von-storch-2/194470>

²¹ <http://www.politik-kommunikation.de/personalwechsel/schaeffler-gruendet-thinktank-14575>

²² https://lobbypedia.de/wiki/Center_for_Financial_Studies

den daraus entstandenen Beziehungen von Bundesminister Gabriel in den Expertenrat einberufen wurde als wegen der Mitarbeit in einer erst zwei Monate alten Einrichtung.

Aktuell besteht die Expertenkommission überwiegend aus VertreterInnen der Banken und Versicherungen. Die drei einberufenen WissenschaftsvertreterInnen verstärken dieses Ungleichgewicht. Sie stehen für eine einseitig auf den Nutzen von privaten Investoren ausgerichtete Wirtschaftspolitik und sind auch persönlich Mitglieder in Netzwerken, die diese Politik stützen. Wichtige Fragestellungen, die mindestens gleichrangigen Platz in der Debatte haben sollen sind jedoch die öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliche Verwaltung und staatliche Investitionspolitik. In diesen Bereichen können die drei einberufenen WissenschaftlerInnen kaum relevante Referenzen vorweisen, gleichzeitig fehlen in der Kommission Experten, die hier Fachkompetenz einbringen könnten.

IV. Was wird herauskommen?

Zusammenfassend kann man sagen: Gabriel will in ganz großem Maßstab ÖPP als Anlagemodell für Versicherungen und Pensionsfonds - aber es darf nicht ÖPP heißen. Schäuble will ÖPP über die LkW- und PkW-Maut, und Dobrindt will ÖPP, egal in welcher Form. Prof. Fratzscher will Privatisierung ganz allgemein und achtet zusammen mit Schäuble auf strenge die Einhaltung der Schuldenbremse. Alle vier bejammern einen riesigen Investitionsstau, aber keiner will neue Schulden machen oder die Steuern erhöhen (Schäuble allerdings die Gebühren). Keiner hat sich bisher dazu geäußert, ob nicht einfache Schulden günstiger oder sogar viel günstiger wären. Die Umgehung der Schuldenbremse durch die anvisierten ÖPP-Modelle nehmen alle gerne in Kauf. Die in der Kommission vertretenen Wissenschaftler stützen generell die Interessen privater Anleger, und die Vertreter der Versicherungen und Banken ohnehin. Was wird also wohl bei der Kommission herauskommen?

- ÖPP (das wollen alle).
- Ein Teil der ÖPPs wird aus zu verpfändenden Steuergeldern finanziert, ein Teil aus zu verpfändenden Gebühren (Kompromiss zwischen Gabriel und Schäuble).
- Es sollen keine offiziellen neuen Schulden gemacht werden und es soll keine Steuererhöhungen geben, dafür aber einen neuen und riesigen Schattenhaushalt.
- Über die wahren Kosten des ganzen Modells soll geschwiegen werden.